

Schwerpunkt Landesrechnung 2019

«Weitere Konjunkturimpulse für die heimische Wirtschaft notwendig»

Unterstützung Die FBP-Fraktion ist nicht zuletzt auch angesichts der Finanzlage des Landes dazu bereit, die bestehenden Wirtschaftspakete im Bedarfsfall zielgerichtet substanziell zu erhöhen und noch bestehende Lücken zu schliessen.

Die FBP-Landtagsfraktion hat sich an ihrer letzten Sitzung erneut mit der aktuellen Lage Liechtenstein in Bezug auf die Coronapandemie und ihrer Auswirkungen befasst, wie die Bürgerpartei am Mittwoch mitteilte. Die Fraktion befürwortete die von der Regierung letzte Woche bekannt gegebene Strategie zur Lockerung der gegenwärtigen Situation und unterstützte das von der Regierung bekannt gemachte Vorgehen - zumal für das wirtschaftliche wie auch gesellschaftliche Leben unseres Landes Perspektiven und Vorstellungen zum weiteren Ablauf der Lockerungen wichtig seien. Die FBP-Fraktion verweist aber auch darauf, dass die Gesundheit der Bevölkerung und speziell der älteren Generation und der Risikogruppen oberste Prämisse des Handelns sein müsse. «Deshalb gilt es, die Entwicklung der Fallzahlen genauestens im Auge zu behalten und gege-

benenfalls Anpassungen bei der vorgestellten Strategie vorzunehmen», wie es in der FBP-Mitteilung heisst. «Dies unter der Maxime, dass unter allen Umständen eine zweite Welle verhindert werden muss, da eine solche auch alle bisherigen Anstrengungen zunichtemachen würde.»

Ausreichend Handlungsspielraum

Der am Mittwoch von Regierungschef Adrian Hasler vorgestellte Jahresabschluss der Landesrechnung 2019 zeige klar auf, dass die Anstrengungen der letzten Jahre zur Sanierung des Staatshaushaltes erfolgreich waren. «Auch wenn gleichzeitig schon deutlich absehbar ist, dass die Landesrechnungen 2020 - 2022 wohl stark durch die ausserordentlichen

«Handlungsbedarf gibts bei der Kurzarbeitsentschädigung für mitarbeitende Ehegatten oder Gesellschafter.»

FBP-FRAKTION

Auswirkungen der aktuellen Coronapandemie belastet sein werden, besteht angesichts der komfortablen Reservesituation des Staates ausreichend finanzieller Handlungsspielraum, um den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu begegnen», heisst es.

Die Abgeordneten der FBP-Fraktion würden voll und ganz hinter den bisher getroffenen Massnahmenpaketen der Regierung in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus stehen. «Im Kontakt mit direkt und indirekt von der Pandemie betroffenen Bürgern und Unternehmen zeigt sich jedoch

noch weiterer Handlungsbedarf zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie», so Fraktion. «Die FBP-Abgeordneten sind nicht zuletzt auch angesichts der Finanzlage des Staates klar dazu bereit, die bestehenden Massnahmenpakete im Bedarfsfall zielgerichtet substanziell zu erhöhen und noch bestehende Lücken zu schliessen.»

Kleinunternehmen im Blick

So sieht die FBP-Fraktion unter anderem weiteren Handlungsbedarf bei Personen, die direkt von behördlichen Massnahmen betroffen sind, gleichzeitig aber nicht berechtigt sind, Kurzarbeitsentschädigung zu beantragen - wie beispielsweise bei im Betrieb mitarbeitenden Ehegatten des Arbeitgebers oder im Betrieb mitarbeitenden Gesellschaftern von Kleinunternehmen. «Handlungsbedarf besteht zudem bei Einzelunter-

«Wir schlagen eine Gutscheinelösung mit beschränkter Gültigkeit für Geschäfte und die Gastronomie vor.»

FBP-FRAKTION

nehmern und für Geschäftsführer sowie Gesellschafter von Kleinunternehmen, die indirekt von behördlichen Massnahmen betroffen sind», so die FBP-Abgeordneten. Mittel- und langfristige seien mit den vom Landtag bewilligten sehr umfangreichen Hochbauprojekten des Landes auch über die kommenden Jahre Konjunkturimpulse seitens des Staates sichergestellt. Man sei jedoch der Ansicht, dass auch kurzfristige Konjunkturimpulse für die heimische Wirtschaft notwendig sind. Die Mitglie-



Die FBP-Fraktion, von links: Norman Walch, Wendelin Lampert, Michael Ospelt, Elfried Hasler, Susanne Eberle-Strub, Daniel Oehry, Albert Frick, Eugen Nägele, Johannes Kaiser, Alexander Batliner und Daniel Seger. (Foto: Michael Zanghellini)

der der FBP-Fraktion schlagen diesbezüglich vor, Gutscheinelösungen zur Stimulierung der Inlandnachfrage und damit zur Stärkung der Binnenwirtschaft zu prüfen. «Mittels Konsumgutscheinen mit beschränkter Gültigkeitsdauer von wenigen Monaten, die nur in Geschäften in Liechtenstein sowie in der heimischen Gastronomie eingesetzt werden können und jeder in Liechtenstein

wohnhaften Person abgegeben werden, kann in den ersten Wochen und Monaten der Lockerung der Massnahmen die Binnenwirtschaft gestärkt werden», erklärt die Fraktion. «Gleichzeitig könnte die Bevölkerung mit dieser Massnahme direkt von der sehr komfortablen Reserve- lage des Staates profitieren.»

Des Weiteren erachten es die Mitglieder der FBP-Fraktion als zielführend, die Aufklärung und Hilfestellung bezüglich der bereits beschlossenen Unterstützungsmassnahmen des Staates zu stärken und das Beratungs- und Unterstützungsangebot auszubauen: «Rückmeldungen aus der Bevölkerung und von Unternehmen lassen diesbezüglich weiteren Handlungsbedarf erkennen.»

Die FBP-Fraktion dankt der Bevölkerung, dass sie sich während der letzten Wochen so strikt an die Vorgaben der Regierung gehalten habe. «Damit wurde die Grundlage gelegt, dass wir bisher relativ glimpflich die Coronakrise bewältigten und unser Gesundheitssystem nicht überlastet wurde», so die FBP. «Es ist nun wichtig, weiterhin konsequent den Vorgaben der Regierung nachzuleben, damit wir auch in nächster Zeit keinen überproportionalen Anstieg an neuen Fällen hinnehmen müssen.» (red/pd)

Regierungschef Adrian Hasler: «Das Ergebnis darf nicht als Massstab für die kommenden Jahre herangezogen werden»

Interview Wie Regierungschef Adrian Hasler im Interview mit dem «Volksblatt» sagt, sei Liechtenstein aufgrund der vernünftigen Finanzpolitik der vergangenen Jahre sehr gut aufgestellt, der Coronakrise zu begegnen - auch weil in den guten wirtschaftlichen Jahren Reserven aufgebaut werden konnten.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Mit 328 Millionen Franken Gewinn fällt das Ergebnis 2019 deutlich höher als erwartet aus. Mit welchen Gefühlen haben Sie die Zahl verkündet?

Adrian Hasler: Ehrlich gesagt mit gemischten Gefühlen. In der aktuellen Situation ist es nicht einfach, ein solch gutes Ergebnis für das Jahr 2019 zu kommunizieren. Es gilt auch, das Ergebnis richtig einzuschätzen: Nebst einem erfreulichen Betriebsergebnis ist insbesondere das Finanzergebnis in Höhe von 228 Millionen Franken extrem hoch ausgefallen. Die Entwicklung an den Finanzmärkten hat uns eine Performance von 10,6 Prozent beschert und damit unser Vermögen um über 190 Millionen Franken erhöht. Dieser Wert kann jedoch rasch wieder verpuffen, wie uns die ersten Monate in diesem Jahr eindrücklich vor Augen geführt haben. So haben wir beispielsweise per Ende März bereits wieder 195 Millionen Franken «verloren».

Gerade die Steuereinnahmen sind deutlich über dem Budget ausgefallen. Warum konnte man dies nicht so vorhersehen?



Regierungschef Adrian Hasler. (Foto: ZVG)

Die Budgetierung der Steuereinnahmen basiert auf Erfahrungswerten, verschiedenen Annahmen, den Rückmeldungen der grossen Unternehmen und wird ergänzt durch Schätzungen der Steuerverwaltung. Zum Zeitpunkt der Budgetierung haben wir immer noch viele Unbekannte. In der Realität zeigen sich dann verschiedene Effekte, die meistens zu Mehreinnahmen führen.

Der Gewinn scheint riesig. Man könnte meinen, dass das Land grosse Projekte wie die S-Bahn nun locker bezahlen kann ...

Wie bereits ausgeführt, ist das Jahresergebnis mit Vorsicht zu geniessen. Die Kursgewinne im letzten Jahr waren per Ende März aufgrund der Kurseinbrüche an der Börse bereits wieder weg. Dennoch, wir haben in den vergangenen Jahren die Basis gelegt für einen gesunden Staatshaushalt. In den nächsten Jahren sind Hochbauten in der Gröszenordnung von 230 Millionen Franken geplant. Und auch die S-Bahn könnten wir aufgrund unserer

guten Ausgangslage ebenfalls gut finanzieren.

Fürchten Sie nicht, dass die Begehrlichkeiten zunehmen werden?

Ja, diese Gefahr besteht natürlich. Allerdings darf das Ergebnis 2019 nicht als Massstab für die kommenden Jahre herangezogen werden. Die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Coronakrise zeigen sehr deutlich, wie schnell sich die wirtschaftliche Situation komplett verändern kann. In solchen Phasen ist es entscheidend, dass wir über ausreichend Reserven verfügen. Das ermöglicht uns, Soforthilfen zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen leisten zu können, Einbrüche an den Finanzmärkten abzufedern und mittelfristige Auswirkungen auf die Landesrechnung auszugleichen.

Sie haben an der Pressekonferenz betont, dass beim betrieblichen Aufwand des Landes in den letzten sechs Jahren im Vergleich zu 2010 insgesamt rund eine Milliarde Franken eingespart werden konnte. Mit Blick auf den hohen Gewinn: Wurde nicht zu viel «gespart» - auch auf dem Rücken der Bürger?

Nein. Wir haben in den letzten Jahren eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung gesehen. In solchen Zeiten gilt es, Reserven aufzubauen. Ohne diese Einsparungen hätten wir, trotz der guten Jahre, keine Reserven aufbauen können. Im Gegenteil, die staatlichen Reserven wären rund eine Milliarde tiefer. Stellen Sie sich nun vor, dass die Steuereinnahmen aufgrund einer Rezession zusätzlich eingebrochen wären. Das Staatsvermögen wäre weg und wir hätten kei-

nen vernünftigen Handlungsspielraum in der aktuellen Krise.

Sie haben immer für einen massvollen Umgang mit den Staatsfinanzen plädiert - mit Blick auf eine künftige Krise. Diese ist mit Corona schneller eingetroffen als gedacht. Ist das Land finanziell mit Blick auf die Coronakrise und insbesondere auf deren langwierige Auswirkungen gewappnet?

Ende des letzten Jahres hat sich noch niemand ernsthaft mit dem Coronavirus auseinandergesetzt. Nun hat die Krise mit voller Wucht zugeschlagen und zeigt massivste Auswirkungen auf die Gesellschaft und unsere gesamte Wirtschaft. Aufgrund der vernünftigen Finanzpolitik der vergangenen Jahre sind wir als Staat sehr gut aufgestellt und haben ein solides Polster, um zu agieren und die mittel- bis längerfristigen Auswirkungen zu verkraften.

Wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise erwarten Sie markante Steuerausfälle. Müssen wir uns auf einige «magere Jahre» einstellen?

Es ist offensichtlich, dass die Coronakrise markante negative Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben wird. In der Folge werden die Steuereinnahmen für das nächste Jahr deutlich einbrechen - davon bin ich überzeugt. Und als Konsequenz dieser Entwicklung werden auch die Finanzzuweisungen an die Gemeinden deutlich höher ausfallen, da der Staat die entstehende Lücke ausfüllen wird.

Halten Sie eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft also nicht für angebracht?

Wir haben uns klar dafür ausgesprochen, ein Unterstützungspaket für unsere Wirtschaft zu schnüren. Mittlerweile haben wir dieses bereits erweitert und damit erkannte Lücken geschlossen. Im Zentrum steht dabei, den Unternehmen rasch und unbürokratisch zu helfen. Sollte die Krise länger dauern oder sich die Situation weiter verschlechtern, kann eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung durchaus angebracht sein. Schlussendlich geht es darum, unseren Unternehmen bei der Bewältigung dieser Krise zu helfen.

Knapp 200 Millionen Franken aus der Staatskasse flossen letztes Jahr in die Bereiche Soziale Wohlfahrt und Gesundheit. Dürfte es künftig - wenn die Zeiten wieder besser werden - noch etwas mehr sein?

Es geht nicht darum, ob es etwas mehr sein darf, sondern um die Frage, was notwendig und sinnvoll ist. Wir haben ein sehr gut ausgebautes Sozialsystem. Unbedachte Erhöhungen sind aus meiner Sicht nicht zielführend und werden zur Hypothek für unsere Nachkommen. Denn irgendjemand muss dies am Ende des Tages bezahlen. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir uns auch in den kommenden Jahren unser sehr gut ausgebautes Sozialsystem leisten können.

Das Interview wurde schriftlich geführt.